

Hermann Imhof fordert:

Eine Steuer gegen Spekulationen



CSU und FDP haben sich in den vergangenen Monaten im Landtag wieder zusammengerauft. Doch neuer Ärger droht, weil Ministerpräsident Horst Seehofer an Weihnachten die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen gefordert hat. Seehofer nimmt mit der sogenannten Transaktionssteuer einen Vorschlag des CSU-Landtagsabgeordneten Hermann Imhof von vor acht Wochen auf. Die Transaktionssteuer wird auch von der «Linken» unterstützt, um Finanzmärkte zu beruhigen. Sie ist aber eine Kampfansage an die liberalen Vorstellungen der FDP, und auch nicht alle CSU-Landtags- oder Bundestagsabgeordneten werden ihre Einführung offen unterstützen. In einem Interview mit der NZ legt Imhof dar, warum es seiner Meinung nach eine Kurskorrektur bei der Steuergesetzgebung geben muss.

NZ: Mit Ihrer Kritik am freien Markt legen Sie sich mit dem CSU-Koalitionspartner FDP an. Warum?

Imhof: Die CSU muss in der neuen Konstellation ihr unterschiedliches Profil zur FDP deutlich machen. Die enormen Verwerfungen, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise weltweit entstanden sind, haben den blinden Glauben, der freie Markt würde schon alles richten – dem gerade die FDP viele Jahre in besonderer Weise anhing –, als großen Irrtum enttarnt. Leider ist bereits wieder feststellbar, dass marktradikale Protagonisten ungerührt den hemmunglosen, von Gier und Rücksichtslosigkeit getriebenen Spekulanten zusehen, wie diese schon wieder ungehemmt aktiv sind.

NZ: Es hat manchmal den Anschein, dass der eigentliche politischen Gegner der CSU die FDP ist, mit der man die Regierung stellt.

Imhof: Die CSU – und das ist mein Plädoyer – muss so etwas wie ein Korrektiv sein und hat der FDP gegenüber eine Wächterrolle wahrzunehmen. Auch wenn es im Landtag bisher eine vernünftige Zusammenarbeit mit der FDP in der Sozialpolitik gibt, muss die CSU bundesweit aufpassen, in welche Richtung die Freien Demokraten den Sozialstaat entwickeln wollen. Der Umfang der Steuersenkungen, den die FDP fordert, ist unrealistisch, denn in der Konsequenz müsste sich der Staat mangels ausreichender Einnahmen wieder beim Bürger bedienen.

NZ: Union und FDP sind angetreten, um das wirtschaftliche Wachstum zu befördern. Kann das mit noch mehr Sozialausgaben gelingen?

Imhof: Bei aller Notwendigkeit, wirtschaftliche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass möglichst viele Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden, müssen sozialer Ausgleich, Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt gewährleistet bleiben. Eine weitere Spaltung von Arm und Reich muss verhindert werden! Meine zentrale Prämisse ist die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit von Klein an. Deshalb müssen Investitionen in Erziehung, Familie und Bildung deutlichen Vorrang haben. Der Begriff «Freiheit» unseres Koalitionspartners muss interpretiert werden. Eine grenzenlose Freiheit auf Kosten Schwächerer darf es nicht geben. Es kann nur eine Freiheit sein, die ethisch gebunden ist. Sonst werden wir schnell wieder ähnliche Krisen erleben. Diese Freiheit in Verantwortung muss auch bei der Gentechnik, den Stammzellen oder der embryonalen Forschung gelten.

NZ: Der Weltklimagipfel hat deutlich gemacht, dass es wenig Sinn macht, wenn die Länder isoliert handeln. Wo gibt es Nachholbedarf?

Imhof: Meine Meinung ist, dass sich die CSU den Themen Menschenrechte, Hunger, Armut und Klimaveränderung in einer globalen Welt noch stärker annehmen muss. Diese Verpflichtung leitet sich aus ihrem Menschenbild ab. Was hierzulande geschieht,

erschüttert Afrika, was dort geschieht, können wir nicht fernhalten, seien es Flüchtlingsströme oder die Veränderung des Klimas. Wir sitzen im selben Boot, rudern aber nicht in eine Richtung!

NZ: Das führt aber noch nicht zu mehr Gerechtigkeit.

Imhof: Wir müssen offensiv Mut und Bereitschaft zeigen, uns für die einzusetzen, die Unrecht, Folter, Unterdrückung erleiden, die sich nach Freiheit sehnen, die sich aber weder frei äußern können noch die Chance haben, es über Medien zu tun. Wir müssen uns selbstkritisch die Frage stellen, inwieweit wir selbst zu mehr Gerechtigkeit beitragen können. Im Welthandel gibt es noch immer sehr viel Protektionismus.

NZ: Das sind schöne Worte. Doch werden sie auch umgesetzt?

Imhof: Ein Anfang ist gemacht, so haben wir zum Beispiel im Landtag erste Schritte gegen ausbeuterische Kinderarbeit in die Wege geleitet. Weitere müssen folgen. Zusammen mit den Grünen haben wir im Landtag die Rechtsgrundlage geschaffen, dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit wie bei Steinen aus Indien im öffentlichen Beschaffungswesen nicht mehr zum Zug kommen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Gesetze zu schaffen, dass bei öffentlichen Ausschreibungen auch soziale und ökologische Kriterien eine Rolle spielen dürfen.

NZ: Ministerpräsident Horst Seehofer hat jetzt auf Ihre Anregung hin die Einführung einer Transaktionssteuer gefordert. Was erwarten Sie von einer neuen Steuer?

Imhof: Es ist derzeit eine Petition von einem breiten Aktionsbündnis im Bundestag für eine Steuer gegen Armut geplant. Die sogenannte Transaktionssteuer hat zwei Ziele. Es soll zum einen die ungezügelten Finanzspekulationen, die als maßgebliche Verursacher der gegenwärtigen Krise gelten, über eine gezielte Steuer ein Stück eingedämmt werden. Zum zweiten sollen die generierten Einnahmen – es geht dabei um Milliardenbeträge – passgenau verwendet werden, um Hunger in den sogenannten Entwicklungsländern zu bekämpfen.

NZ: Das wäre aber eine Abkehr vom bisherigen wirtschaftspolitischen Kurs. Was ist das Ziel?

Imhof: Ich meine, dass wir in meiner Partei und in der Politik insgesamt mehr für ein neues Bewusstsein beim Bürger eintreten müssen. Nicht das quantitative Wachstum allein darf Maßstab und Ziel unserer Entwicklung sein. Wenn wir, wenn die reichen westlichen Länder, aus Rücksichtnahme den armen Ländern des Südens gegenüber Verzicht üben, heißt das, dass ein solch geänderter Lebensstil durchaus etwas mit neuer Lebensqualität zu tun hat.

NZ: Es muss in den öffentlichen Haushalten gespart werden. Wie passt das mit den angekündigten Steuererleichterungen zusammen?

Imhof: Das, was wir tun, auch die unbequemen Schritte, wie zum Beispiel Sparen, darf den Menschen nicht einfach übergestülpt, sondern muss in guter Weise erklärt werden. Es muss nachvollziehbar sein und verständlich ankommen. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit heißt das schlicht: Sich die Zeit und Geduld zu nehmen, auf Bürger zuzugehen, sie um ihre Meinung zu fragen, sie wirklich in Prozesse einzubinden. Weniger Aktionismus, mehr Kontinuität und damit mehr an Berechenbarkeit. Dann lassen sich Missverständnisse eindämmen, und die Voraussetzung für die Akzeptanz von Entscheidungen wird verbessert.

NZ: Die CSU hat versucht, ihre mageren Wahlergebnisse aufzuarbeiten. Wie soll es konkret mit der Partei weitergehen?

Imhof: In der Partei müssen zügig Reformen angegangen werden. Wichtige Diskussionen, Festlegungen, Auswahl von Personal, dürfen nicht nur in ausgewählten Gremien, in den Hierarchien, erfolgen, sondern müssen viel mehr in der Breite stattfinden. Auf allen Ebenen ist viel mehr die Einbindung der Bürger erforderlich.

NZ: Ist Schwarz-Grün ein Zukunfts-Modell für Bayern?

Imhof: Ich denke, dass die Zeit dazu noch nicht reif ist. Das gilt für Personen ebenso wie für die Themen. Es gibt etliche Schnittstellen, wie bei der Frage der Schöpfung oder der Nachhaltigkeit von Finanzen. Mal sehen, wie sich das Modell im Saarland bewährt.
Interview: André Fischer

28.12.2009

© NÜRNBERGER ZEITUNG

